

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 300.

für Unhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Verlagsgesellschaft für die Provinz Sachsen, Druckerei der Sächs. Zeitung, Leipzig, Mittelstraße 12/13, Druck- und Verlagsanstalt „Die Sächs. Zeitung“, Leipzig, Mittelstraße 12/13.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus, Telefon 155; Redaktion-Telefon 127. Eing. Nr. Braunhauß.

Mittwoch, 30. Juni 1909.

Verlagsgesellschaft für die Provinz Sachsen, Druckerei der Sächs. Zeitung, Leipzig, Mittelstraße 12/13, Druck- und Verlagsanstalt „Die Sächs. Zeitung“, Leipzig, Mittelstraße 12/13.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfach 14, Telefonamt VI Nr. 11494, Druck und Verlag von C. W. Thieme in Halle a. S.

Die Innere Kommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Im Ministerium des Innern trat am Montag die Innere Kommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Staatsminister v. Holste legte den vollständig erschienenen Mitgliedern den Arbeitsplan der Kommission in großen Zügen dar, woran sich eine längere Besprechung knüpfte. Es wurde beschlossen, Ausschüsse zu bilden, und zwar je einen für Vereinfachung des Geschäftsbetriebes bei den Behörden der inneren Verwaltung, für Reform der Schulverwaltung, für Reform der landwirtschaftlichen und der Landeskulturverwaltung, für Reform der Finanzverwaltung, für Zentralisation der Reichsgerichte und für Reform des Rechtswesens. Der Ausschuss für die Vereinfachung des Geschäftsbetriebes bei den Verwaltungsbehörden wird demnächst zuerst in Tätigkeit treten, da für sein Gebiet die Vorarbeiten am weitesten gediehen sind. In diesen Ausschuss sind als Mitglieder eingetreten: Staatsminister Graf von Helldorf, Richter, Oberbürgermeister Dr. Widess, Legationsrat A. D. Krupp von Bollen und Hallbach, Oberbürgermeister Dr. Lenge, Regierungspräsident Schreiber. Alsbald nach Beginn ihrer Beratungen hatte die Innere Kommission seiner Majestät dem Könige Meldung von ihrem Zusammentraten erstattet. Darauf ging aus folgender telegraphischer Antwort ein: „Ich habe gern Ihre Meldung vom Zusammentraten der Innere Kommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform entgegengenommen und hoffe, daß die eben begonnenen Arbeiten zum Segen des Vaterlandes guten Verlauf nehmen und eine brauchbare Grundlage für die beschlossene wichtige Reform zeitigen werden. Ich entbiete den Kommissionsmitgliedern dazu Meine landesväterlichen Wünsche und Grüße.“

Die Polen in Westdeutschland.

Auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom Jahre 1905 berichtet Prof. Dr. jur. Max Brodsch in der Zeitschrift des kgl. Preuss. Stat. Landesamts über die Polen in westlichen Preußen. Die drei Volkszählungen von 1890, 1900 und 1905 haben nicht nur die außerordentlich starke Zunahme der polnischen Bevölkerung darzulegen, sondern auch eine wesentliche Veränderung in der örtlichen Verteilung auf die einzelnen Provinzen Preußens. Während noch im Jahre 1890 90,56 Proz. aller preussischen Polen in den vier südlichen Grenzprovinzen festgesetzt wurden, laut dieser Prozentzahl bis zum Jahre 1900 auf 93,23 und bis 1905 auf 90,48 Proz. Zu dieser Zeit liegt die Zahl der Polen in den übrigen preussischen Landesanteilen von 100 650 über 223 917 auf 347 213. Also in 15 Jahren auf das 2½fache. In dieser starken Zunahme der polnischen Bevölkerung im Westen Preußens hat natürlich der rheinisch-westfälische Industriebezirk den hauptsächlichsten Anteil. Im Regierungsbezirk Düsseldorf hat sich die Zahl der Polen in den 15 Jahren von 1890 bis 1905 fast genau verdreifacht. Es wurden nämlich 1890 nur 4672 Polen gezählt 1895 dagegen 24 530 und 1895 45 623, so daß in diesem Jahre der Anteil der polnischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Regierungsbezirks bereits über 1½ Proz. betrug. Kein anderer Regierungsbezirk der Monarchie hat in dieser Zeit eine derart starke Zunahme der polnischen Elemente zu verzeichnen gehabt. Im Regierungsbezirk Münster stieg die Zahl der Polen seit 1890 von 5 409 auf 40 723, in Arnberg von 20 131 auf 97 703. In den Stadtkommunen Westfalens, Sauer, Rastrop, Wattenstein und Senftenberg (Regierungsbezirk Frankfurt a. O.) überstieg der polnische Teil der Bevölkerung 10 Proz., erreichte jedoch in keinem Falle 25 Proz. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu ersehen, daß es eine ganze Anzahl kleinerer Gemeinden gibt, die einen bedeutend höheren Prozentsatz aufweisen. Nicht weniger als 326 Ostbezirke weisen 25—50 Proz. ihrer Einwohner als polnisch auf; in 47 Ostbezirken liegen 50—75 Proz., und in 9 Ostbezirken sogar über 75 Proz. der Einwohnerzahl polnisch. Diese außerordentlich stark polnisch durchsetzten Ostbezirke liegen gemeinhin in der Provinz Brandenburg und den Regierungsbezirken Magdeburg und Merseburg. Das Religionsbekenntnis der Polen erfährt durch die drei Volkszählungen in der Weise eine interessante Beleuchtung, als sich zeigt, daß die Zahl der Protestanten außerordentlich stark zurückgegangen ist. Bei der Zählung 1890 wurden 240 836 protestantische Polen festgesetzt, im Jahre 1900 nur 184 336 und im Jahre 1905 nur 102 012, so daß also in den 15 Jahren ein Rückgang von weit über die Hälfte eingetreten ist.

Sreta und die Türkei.

Wie wir aus Konstantinopel erfahren, hat die Sreta am 27. Juni an ihre Vorgesister eine Briefnote gerichtet, von der allen Vorgesister in Konstantinopel eine Abschrift übergeben worden ist. Die Sreta erklärt, sie habe den Eindruck, daß die Sretämte die in letzter Zeit den streitern gemachten Konzeptionen als unnotwendiges Recht betrachten wollten, während

die Porte immer energisch dagegen protestiert habe, weil diese Konzeptionen eine offene Verletzung ihrer Souveränität bildeten. Die Sreta müsse auf ihrem Standpunkt bestehen und hoffe, daß die Sretämte bei den Verhandlungen, die zur Feststellung der Form der der Insel zu gewährenden Autonomie geführt werden sollten, die oben erwähnten Konzeptionen nicht beachten würden. Die Sreta bemerkt weiter, sie sei unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Kammer, die wegen der fortgesetzten Verletzungen ihrer Rechte erbittert seien, entschlossen, die Rechte der Türkei auf Sreta zu behaupten. Wenn die Sretämte auf dem Beschluß bestünden, den sie gefaßt zu haben schienen, werde das Prestige des neuen türkischen Regimes, das nach auf eine wohlwollende Mitwirkung der Großmächte rechnen, merklich leiden. Schließlich fordert die Sreta die Vorgesister auf, ihre patriotischen Bemühungen darauf zu richten, den Kammermitgliedern zum Bewußtsein zu bringen, daß die Sreta unbedingt genötigt sei, jeden Vorstoß abzuweisen, der Griechenland gestatten würde, sei es auch indirekt, an den freigelegten Angelegenheiten teilzunehmen.

Deutsches Reich.

* Ein Kompromiß bezüglich der Reichsfinanzreform wird, wie Berliner Blätter melden, dahin angeht, daß als Gegenleistung für die von der Regierung abgelehnten Steuererhöhungen, die nach dem Entwurf der Reichsfinanzreform in Aussicht genommen sind, welche die Besteuerung des Einkommens, des Erbes und der Vermögenssteuer betreffen, darunter eine Dividenden-, Effekten- und Immobiliensteuer.

* Empfang beim Reichstagspräsidenten. Der konföderale Abgeordnete Frh. v. Ritzow hat am Montag nachmittag eine längere Unterredung mit dem Reichstagspräsidenten Fürsten Bülow.

* Prinz Heinrich als Jagdgast des Kaisers Franz Josef. Prinz Heinrich von Preußen wird gemeinsam mit dem Kronprinzen im Juli nach Bad Ischl fahren, um dem Kaiser Franz Josef während seines Sommeraufenthaltes einen Besuch abzustatten und an den dort stattfindenden Jagdpartys teilzunehmen. Prinz Heinrich bleibt noch Tage in Ischl.

* Gegen die Verneinung von Ostschiffen und landwirtschaftlich hervorragenden Gegenständen wird eine Verordnung, die jetzt mit Zustimmung des Landtags im Reichstag Gotha Gesetzgebung erhalten hat. Der grundlegende Satz lautet: „Die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Veränderungen ist zu erteilen, wenn durch ein solches Baugeschäft die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet werden würde und diese Verneinung durch die Zahl einer anderen Baugeschäft oder einer unersättlichen Schädigung des Grundbesitzes abgewendet wäre. Durch Ostschiffen kann bestimmt werden, daß nicht nur bestimmte Straßen und Plätze von geschäftlicher oder künstlerischer Bedeutung, sondern auch einzelne Bauwerke und deren Anlagen in besonderen Fällen bleiben. Ostschiffe können vorkommen, daß innerhalb der geschlossenen Ortsgrenze die Anbringung von Kleinfeldern, Schuttläusen, Aufschiffen und Abwänden der Genehmigung der Baupolizei bedarf und daß diese Dinge bis zu einem bestimmten Zeitpunkt entfernt werden müssen, wenn sie weiter bestehen. Ostschiffe können vorkommen, daß innerhalb der geschlossenen Ortsgrenze die Anbringung von Kleinfeldern, Schuttläusen, Aufschiffen und Abwänden der Genehmigung der Baupolizei bedarf und daß diese Dinge bis zu einem bestimmten Zeitpunkt entfernt werden müssen, wenn sie weiter bestehen.“ Wir sehen daraus, daß auch in anderen Bundesstaaten Verordnungen getroffen werden, daß das Landtags- und Ostschiff nicht durch geschäftliche Bauten und Kleinfelder verunstaltet wird. Wichtige diese Bestimmungen auch überall zur Durchführung kommen und die Bürgerpflicht ist, gegen, wenn trotzdem die Verneinung der landwirtschaftlichen Schöpfen eines Ortes vorkommen sollten.

* Deutschland und England. Wie die „Continental Times“ (Berlin) mitteilt, hat der in Berlin bestehende deutsch-englische Verband beschlossen, als Programm die Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und England sowie der englischen Kolonien anzusetzen anzufassen und zu diesem Zwecke unter allen Umständen der Wiedereingetragenen für die andere Nation zu schaffen. Der Verband wird versuchen, eine deutsch-englische Handelskammer in Berlin zu etablieren. Im Herbst und Winter sollen wöchentliche gesellschaftliche Zusammenkünfte von Deutschen und in Berlin lebenden Engländern organisiert werden. Ferner sind Ausstellungen deutscher Kunst- und Industrie-Erzeugnisse in England geplant und umgekehrt. Auch ein Kinderausstausch soll angeregt werden, indem deutsche Eltern ihre Kinder nach England senden, während die betreffenden englischen Familien ihre Kinder nach Deutschland schicken. Soweit wie möglich sollen auch Lehrer in derselben Art und Weise ihre Stellen wechseln lassen. Ähnliche Verbände wie der in Berlin bereits bestehende sollen in anderen deutschen Städten begründet werden. — Herr Lionel Caro, der Schriftführer des Verbandes, hat der „Continental Times“ mitgeteilt, daß der Verband die Sympathien des deutschen Auswärtigen Amtes für seine Arbeit setze und daß der Bruder der Kaiserin, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, seine Sympathien für die Bewegung ausgedrückt habe.

* Export nach Odesa. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: In der Meldung, wonach das Orientkomitee in Odesa beschlossen haben soll, die Auslandskommission mit einer Abgabe von 1/20 Koppen pro Rubelwert des zur Ausfuhr bestimmten Waren zu belegen, zu fahren wird, daß damit eine höhere Belastung des Ausfuhrwertes nicht verbunden sein soll. Es handelt sich nur darum, daß die Odesaer Abwehrkommission, die von den Getreideexporteuren ein sogenanntes Mottengeld von 1/20 Koppen pro Rubelwert erheben,

vom 1./14. August d. J. ab von diesem Betrage, ebenso wie es in Artikel 10 des Handelsvertrages, 25 Proz., also 1/20 Koppen, an das Orientkomitee abzuführen sollen. Die Anregung dazu ist von den Odesaer Exporteuren ausgegangen, das Orientkomitee hat noch nicht definitiv Stellung genommen.

Anstalt.

Kaiser Franz Josef und Präsident Fallières. Der Kaiser von Österreich hat dem Präsidenten Fallières das Großkreuz des Eisernen Ordens verliehen.

Das russische Kaiserjagdgeschwader. Nach einer Meldung aus Tullgaru ist das russische Kaiserjagdgeschwader Dienstag morgen in See gegangen.

Die neuen Arbeitskämpfe in Großbritannien. Der nationale Bergarbeiterbund Englands hielt am Dienstag in London eine Konferenz ab, um die Frage zu erörtern, wie die Bergarbeiter in Wales in ihrem Streite mit den Bergwerksbesitzern zu unterstützen seien. In der Konferenz wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, die Walfiler Bergarbeiter, wenn nötig durch Erklärung des Generalstreiks zu unterstützen. So bald verlagte die Konferenz, um zu ermöglichen, daß eine Abstimmung aller Bergarbeiter im ganzen Lande über diese Frage vorgenommen werde.

Österreich-Ungarn. Nach einer Meldung aus Budapest hielt das Exekutivkomitee der Unabhängigkeitspartei eine Sitzung ab, in der die Vorschläge des ehemaligen Finanzministers Ruzicsa betreffend die Bildung des Kabinetts verhandelt wurden. Das Exekutivkomitee beschloß einstimmig, die Vorschläge abzulehnen.

Frankreich. In der Deputiertenkammer führte bei der weiteren Beratung der Revision der Pollarische der Berichterstatter Morel aus, der französische Tarif sei gegenwärtig ungenügend angesichts der Veränderungen, die von anderen Mächten in ihren Tarifen vorgenommen worden seien, besonders von Deutschland, das auf Grund seines Spezifikationsystems nur Produkte einführe, deren Ursprung genau bestimmt sei. Der deutsche Import nach Frankreich sei beträchtlich gewachsen, insbesondere für Werkszeugmaschinen, während der französische Export nach Deutschland in den letzten drei Jahren gemehrt worden ist, so hauptsächlich der Export von Seidengeweben, Mousselin, Klavieren, Automobilen und Pariser Krullen. Die neuen ausländischen Tarife würden Frankreich eine Mehrertrags von über 30 Millionen Franken auslösen, von denen auf Deutschland 3 830 000 Franken entfielen. In seinen weiteren Ausführungen betonte Morel, die Kommission habe den Generaltarif für sich, um einer Ausforderung der Regierung zu entsprechen, die sich gegenwärtig, wenn sie verhandeln wolle, ohne Waffe sehe. Der in Aussicht genommene Unterchied von fünfzig Prozent zwischen dem Generaltarif und dem Minimaltarif sei nicht übermäßig hoch. Der von der Kommission entworfenen Tarif sei derart, daß keine Nation daraus einen begründeten Anspruch auf Kompensation gegen Frankreich herleiten könne. — Die Kammer ernannte Johann die Kommission für das Budget von 1910. Die neue Kommission ist fast ausnahmslos gegen die neuen vom Finanzminister Caillaux vorge schlagenen Steuern.

Als Folge des von neuem proklamierten Ausstehens der Warschauer Seeleute richtete der Ausschuss des Reederverbandes an die Minister der Marine und des Handels ein Schreiben, in dem er gegen die Forderung des Syndikats der eingeschriebenen Seeleute den Vorwurf der Geistesverleugung erhebt.

Die Deputiertenkammer beendete am Dienstag die zweite Lesung der Verfassungsgesetze und nahm den Artikel an, nach dem die Einberufung des Parlaments sofort erfolgen muß, wenn der Sultan außerhalb der Sessionszeit das Kabinet absetzt. Unter den Eingängen befindet sich ein Gesetzentwurf betreffend die Bildung eines Reserveoffizierskorps.

Serbien. Der Präsident der Sziphina, Ivanowitsch, ist zum Minister des Innern ernannt worden. Der Handelsminister Rodonowitsch hat sein Entlassungsgesuch zurückgezogen. Damit ist die partielle Krise beigelegt. — Der frühere Finanzminister Ratsch befindet sich in der nächsten Woche zum Abschied an einen reichlichen Anleibe nach Paris.

Großbritannien. Der Versuch der Suffragettes, in das Londoner Parlament einzudringen, um den Premierminister Asquith, der sich geweigert hatte, sie zu empfangen, zu sprechen, führte zu wilden Szenen auf dem Hofe und in der Umgebung der Parlamentsgebäude. Die Polizei sah sich schließlich genötigt, die Tore zu schließen. Viele Frauen wurden verhaftet, unter ihnen Mrs. Pankhurst. Die Führerin der Suffragettes, welche einem Polizeioberinspektor wiederholt Schläge ins Gesicht versetzt hatte.

Marokko. Wie die „Agence Havas“ vom 25. Juni aus Fes meldet, legt die idrischische Machalla ihren Reich nach Marokko. Teile des Stammes Haina haben sich ihr unterworfen.

Im französischen Ministerrat berichtete am Dienstag der Minister des Meubres Fichou über kleine Schwierigkeiten, welche im Schatzgebiet gelegentlich der Erhebung von Steuern entstanden. Die Eingeborenen wollten die Steuern in Naturalien zahlen, während die französische Regierung, die im Namen Marokko handelt, verlangte, daß diese Steuern in barem Gelde erlegt werden sollen. Der französi-

Provinz Sachsen und Umgebung.

Aus dem Regierungsbezirk Merseburg, 29. Juni. (Der Reichsvereinsverbandstag des Regierunge...

Der Reichsvereinsverbandstag des Regierunge...

Galische Nachrichten.

Im Streit erloschen. In einem Lokal der Schaarstraße...

Kurorte und Reisen.

Bad Lauterberg i. Herz. Die Kurstelle vom 25. Juni 1900...

Börsen- und Handelskell.

Merken. Reichsener Brauwaren-Fabrikanten-Gesellschaft...

A. Produkten- und Warenmärkte.

Wagburg, 29. Juni. Getreide und Futtermittel. (Mittliche Notierungen. Die Notierungen von Weizen für 1000 kg...

Berlin, 29. Juni. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühlmarkt: Weizen Sept. 200,00...

Stroh und Sen.

Halle a. S., 29. Juni. (Mitgeteilt von Otto Weßhalla.) Schmitz & Co. geben für 50 kg...

Maschinenfabrik für Papierfabrik bei Partien: Roggenstroh 2,20 M...

Galische Nachrichten.

Im Streit erloschen. In einem Lokal der Schaarstraße...

Kurorte und Reisen.

Bad Lauterberg i. Herz. Die Kurstelle vom 25. Juni 1900...

Börsen- und Handelskell.

Merken. Reichsener Brauwaren-Fabrikanten-Gesellschaft...

A. Produkten- und Warenmärkte.

Wagburg, 29. Juni. Getreide und Futtermittel. (Mittliche Notierungen. Die Notierungen von Weizen für 1000 kg...

Berlin, 29. Juni. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühlmarkt: Weizen Sept. 200,00...

Stroh und Sen.

Halle a. S., 29. Juni. (Mitgeteilt von Otto Weßhalla.) Schmitz & Co. geben für 50 kg...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

